

## Vorlage Stadtparlament

Datum	14. Dezember 2021
Beschluss Nr.	1160
Aktenplan	152.15.13 Stadtparlament: Einfache Anfragen

### Einfache Anfrage Jenny Heeb und Eva Lemmenmeier: Osterkrawalle – und jetzt?; Beantwortung

Am 16. September 2021 reichte Jenny Heeb und Eva Lemmenmeier die beiliegende Einfache Anfrage betreffend «Osterkrawalle – und jetzt» ein.

Der Stadtrat beantwortet die Einfache Anfrage wie folgt:

#### 1 Ausgangslage

Am 26. März 2021 und am 2. April 2021 kam es in der Stadt St.Gallen zu massiven gewaltsamen Ausschreitungen. Einsatzkräfte wurden mit Flaschen, Steinen, pyrotechnischem Material und auch mit einem Molotow-Cocktail beworfen. Es kam zu verletzten Personen sowie zu Sachbeschädigungen in der Höhe von rund CHF 150'000. Die Kosten für die beiden Polizeieinsätze beliefen sich auf CHF 330'000<sup>1</sup>. Auf den Ostersonntagabend (4. April 2021) hin kursierten erneut Aufrufe zu Gewalt. Die Stadtpolizei kündigte ausgedehnte Personenkontrollen an und wies darauf hin, dass es zu Wegweisungen kommen kann. An die Bevölkerung erging der Appell, den Aufrufen zu Gewalt nicht zu folgen und sich an Ansammlungen nicht zu beteiligen, auch nicht als Schaulustige. Am Ostersonntagabend ging es angesichts der Vorkommnisse vom 26. März 2021 und vom 2. April 2021 darum, Gewalt gar nicht erst aufkommen zu lassen. Um dies zu erreichen, musste durch rasches und konsequentes polizeiliches Handeln eine sofortige und breite Wirkung erzielt werden. Am Ostersonntagabend wurden deshalb in der Innenstadt rund 650 Personen weggewiesen. Zu Ausschreitungen kam es nicht, auch nicht mehr zu späteren Zeitpunkten. Die Stadtpolizei gab bekannt, dass durch die Wegweisungen niemand vom Schulbesuch oder von der Arbeit, von wichtigen Besorgungen oder von der Nutzung des öffentlichen Verkehrs abgehalten wird, sofern für diesen Zeitraum keine Aufrufe zu Gewalt kursieren. Sie wies zudem auf die Möglichkeit hin, sich zu melden, sollte man sich zu Unrecht mit einer Wegweisung belegt sehen. Danebst stand auch der formelle Rekursweg offen.

Im Hinblick auf die gestellten Fragen zu den Jugendlichen ist darauf hinzuweisen, dass sich insbesondere an den Wochenenden viele auswärtige Jugendliche in der Stadt St.Gallen aufhalten. Der Stadt St.Gallen kommt keine umfassende Zuständigkeit für auswärtige Jugendliche zu. Als Zentrumsstadt hat sie faktisch auch eine gewisse Funktion für Jugendliche aus umliegenden Gemeinden. Im Kern ihrer Bemühungen stehen aber die in der Stadt St.Gallen wohnhaften Jugendlichen.

---

<sup>1</sup> Die Kosten für den Polizeieinsatz am Ostersonntag beliefen sich zusätzlich auf CHF 250'000.

Verschiedene Stellen der Stadtverwaltung stehen in einem regelmässigen Dialog mit Jugendlichen. Das gilt insbesondere für die Jugendpolizei und für die mobile Jugendarbeit der Dienststelle Kinder Jugend Familie. Meist erfolgen Dialog und Kontakt im öffentlichen Raum. Für Jugendliche sind öffentliche Räume Treffpunkte sowie Rückzugs- und Begegnungsorte. Sie sind auch Bühnen des Experimentierens in der Auseinandersetzung mit der Erwachsenenwelt. Die Stadt nimmt in diesem Zusammenhang einige Aufgaben wahr. Zentrale Funktion der mobilen Jugendarbeit ist es, sich auf die Lebenswelt Jugendlicher einzulassen, sie zu begleiten und zu unterstützen. Dabei kann es um persönliche Gespräche gehen, beispielsweise über die Lehrstellensituation, über Migrationserfahrungen oder über Zukunftsängste. Es kann aber auch um Themen gehen, die im öffentlichen Raum immer wieder für Probleme sorgen, wie beispielsweise Gewalt, Littering, Vandalismus oder Alkohol- und Drogenkonsum. Die Jugendpolizei (Jupo) ist ebenfalls Ansprechpartnerin für Jugendliche und Kinder sowie Kontaktstelle für Eltern und pädagogische Institutionen. Sie pflegt den Kontakt zu Jugendlichen, hilft bei Fragen oder Problemen weiter und leistet Präventionsarbeit.

## **2 Beantwortung der Fragen**

- 1. Hat eine Aufarbeitung bezüglich der weggewiesenen Personen stattgefunden? Woher kamen die Personen? Was war ihre Absicht? Ist der Stadtrat in diesem Zusammenhang bereit, eine Umfrage bei den weggewiesenen Jugendlichen durchzuführen, um diese Fragen zu beantworten?*

Von den 650 am Ostersonntag weggewiesenen Personen waren bzw. sind 155 Personen (24 %) in der Stadt St.Gallen wohnhaft, 495 Personen (76 %) waren bzw. sind Auswärtige. Der Grossteil stammte bzw. stammt aus Kantonen der Ostschweiz, vereinzelt aber auch aus anderen Kantonen (ZH, AG, SZ, BL, TI, LU, BE), dem Fürstentum Liechtenstein und sogar aus Deutschland. Zudem handelte es sich bei den Weggewiesenen mehrheitlich um volljährige Personen (382 / 59 %). Der Anteil der Minderjährigen betrug 41 % (268 Personen).

Wer der Auffassung war, eine ungerechtfertigte Wegweisung erhalten zu haben, hatte die Möglichkeit Rekurs zu erheben oder sich direkt noch einmal bei der Stadtpolizei zu melden. Dort gingen in diesem Zusammenhang insgesamt 112 Beanstandungen ein. Sie hob 90 Wegweisungen auf, an 22 Wegweisungen wurde festgehalten. Weiter wurden 23 Rekurse erhoben. In 21 Fällen wurden die Wegweisungen aufgehoben. Zwei Rekurse wurden infolge Rückzugs bzw. Nichtleistens des Kostenvorschusses ohne Entscheid abgeschrieben.

Die Absichten, welche die weggewiesenen Personen mit ihrem Aufenthalt in der Stadt St.Gallen zur fraglichen Zeit verfolgten, sind grösstenteils nicht bekannt. Einzelne Aussagen resp. Umstände deuten auf Langeweile bis zu Gewaltbereitschaft hin. Vertieftere Erkenntnisse zur Situation der in der Stadt St.Gallen wohnhaften Jugendlichen wären bei einer Umfrage aufgrund der Heterogenität der Weggewiesenen kaum zu erwarten, weshalb der Stadtrat davon absieht.

2. *Gibt es von polizeilicher Seite Bestrebungen ein Konzept im Umgang mit Jugendlichen im öffentlichen Raum zu erstellen, um unverhältnismässige Sanktionen zu vermeiden?*

Die Stadtpolizei richtet sie sich in ihrer Arbeit im öffentlichen Raum nach dem gemeinsam mit der Dienststelle Kinder Jugend Familie sowie der Stiftung Suchthilfe verabschiedeten Haltungspapier<sup>2</sup>. Insofern besteht bereits ein Konzept. Die Stadtpolizei ist sich der Bedeutung einer jugendorientierten Polizeiarbeit bewusst, weshalb sie, wie in der Ausgangslage erwähnt, unter anderem über eine Jupö verfügt.

Die Stadtpolizei ist nicht bestrebt, unverhältnismässige Sanktionen zu treffen. An Ostern 2021 herrschten in der Stadt St.Gallen ausserordentliche Zustände. Es wurde unmittelbar und explizit zu Gewalt aufgerufen, wodurch die Stadt St.Gallen zu einem veritablen Anziehungspunkt für gewaltinteressierte Personen wurde. Leider zeigten im Vorfeld des Ostersonntags Präsenz und Dialog nicht die nötige Wirkung. Es galt daher, die am 26. März 2021 in Gang gesetzte Gewaltspirale durch klares und konsequentes polizeiliches Handeln zu unterbinden. Die Vorkommnisse können als ausserordentliches Ereignis gewertet werden.

3. *Die Ansammlungen und Ausschreitungen von Jugendlichen können als Ausdruck von nicht wahrgenommenen Bedürfnissen gesehen werden. Ist der Stadtrat bereit mit den Jugendlichen in Kontakt zu treten, um deren Bedürfnisse abzuholen? Zum Beispiel über ein Projekt zusammen mit der mobilen Jugendarbeit der Stadt? Und haben diese die nötigen Ressourcen dazu?*

Die Stadt hat ein hohes Interesse, die Bedürfnisse der Jugendlichen zu kennen. Im besonderen Fokus stehen dabei die Bedürfnisse der in der Stadt St.Gallen wohnhaften Jugendlichen.

Die mobile Jugendarbeit wurde im Jahr 2008 definitiv eingeführt und steht seither in direktem Kontakt mit Jugendlichen, die sich in der Stadt St.Gallen aufhalten. In regelmässigen Umfragen erhebt sie Bedürfnisse und Anregungen. Die städtischen Angebote und Projekte der Offenen Jugendarbeit werden in partizipativer Weise zusammen mit Jugendlichen laufend weiterentwickelt. Die für diesen Dialog notwendigen Ressourcen sind vorhanden. Ein Aspekt der Vision 2030 des Stadtrats beschreibt St.Gallen als kinderfreundliche Stadt. In diesem Zusammenhang lautet eines der Jahresziele des Stadtrats für 2022, dass eine Standortanalyse in Zusammenarbeit mit UNICEF erstellt wird. Geplant sind unter anderem Workshops mit Kindern und Jugendlichen.

4. *Welche Projekte von Seiten der Stadt gibt es, die sich den Bedürfnissen der Jugendlichen in der Stadt annehmen, insbesondere in Anbetracht der aktuellen Situation mit Corona-Schutzmassnahmen?*

Im Rahmen der Corona-Pandemie wurden die digitalen Angebote insbesondere während der Zeitabschnitte mit starken Einschränkungen hochgefahren. So produzierten Jugendliche mit fachlicher Begleitung Radiosendungen, erarbeiteten Inhalte und stellten Playlists zusammen. Über Chatfunktionen wurde ein reger Austausch mit Jugendlichen aufrechterhalten. Nachdem zwischen dem Frühjahr und Sommer 2021 viele Einschränkungen gelockert wurden, spitzt sich die Lage seit einigen Wochen wieder zu, was sich in strengeren Massnahmen zeigt. Seit Sommer 2021<sup>3</sup> sind die städtischen Angebote

---

<sup>2</sup> Siehe [Grundhaltung zur Nutzung des öffentlichen Raumes](#).

<sup>3</sup> Die Situation kann sich pandemiebedingt jederzeit ändern.

für Jugendliche – mit entsprechenden Schutzkonzepten, welche auch gewisse Einschränkungen mit sich bringen – weitgehend in Betrieb. So sind derzeit beispielsweise Veranstaltungen in der Jugendbeiz talhof und im Jugendkulturraum flon (mit Zertifikatspflicht für Jugendliche ab 16 Jahren) möglich.

Die Stadtpräsidentin:  
Maria Pappa

Der Stadtschreiber:  
Manfred Linke

Beilage:  
▪ Einfache Anfrage vom 16. September 2021